

Änderungspaket III – Allgemein

Änderungsantrag 01

– Mitzeichnung des Änderungsantrags LI02_Ä008 von n. Bauer, Dr. M Jasper-Winter; B. Stark-Watzinger, C. Dürr; K. Hessel und U. Ihnen

Einfügen neues Modul hinter Zeile 67 in LI02:

Lohnsteuerklassen III und V abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Eltern frei entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Deshalb wollen wir flexible, zeitgemäße Modelle stärken. Wir fordern daher, die Steuerklassen III und V abzuschaffen, damit sich in der Steuerklasse IV die Abzugsbeträge beider Ehegatten stärker am jeweiligen Anteil am Bruttoarbeitslohn (Faktorverfahren) orientieren. Dies macht auch bei Lohnersatzleistungen wie Elterngeld oder Kurzarbeitergeld einen spürbaren Unterschied.

Änderungsantrag 02 zu Antrag LII08

Streiche Ersatzlos Zeile 34/35: Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten

Änderungsantrag 03 zu Antrag LII08

Neues Modul – Übernahme aus Katalog B nach Zeile 28

Partnerschutz analog zum Mutterschutz einführen

Wir Freie Demokraten wollen einen „Partnerschutz“ einführen – analog zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes hat der andere Elternteil das Recht, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen. Dieser darf auch halbtägig beansprucht werden und besteht dann für die doppelte Zeitdauer. Die Finanzierung des Partnerschutzes erfolgt äquivalent zu demjenigen des Mutterschutzes. Alleinerziehende haben das Recht, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen – zum Beispiel Familienangehörige. Damit wollen wir dem erhöhten Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung tragen und die gemeinsame Verantwortung für Familie und Kind von Anfang an stärken.

Änderungsantrag 04 zu Antrag LII05

Mitzeichnung Änderungsantrag N. Bauer und Dr. M Jasper Winter, neues Modul hinter Zeile 60

Familienbedingte Auszeiten für obersten Führungskräfte ermöglichen

Wir Freie Demokraten fordern eine zeitlich begrenzte Auszeit für Vorstände, Aufsichtsräte und andere oberste Führungskräfte. In begründeten Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder eigener schwerer Erkrankung soll eine Mandatsniederlegung von bis zu sechs Monaten möglich sein. Dies ersetzt die bisherige Regelung der vollen Haftung bei Abwesenheit oder Zwang zur Mandatsniederlegung

Änderungsantrag 05 zu Antrag LIII12

Einfügen neues Modul aus Katalog B hinter Zeile 26:

Rentensplitting erleichtern

Wir Freie Demokraten wollen das Rentensplitting erleichtern und stärker bekannt machen. In der jährlichen Renteninformation soll einfach und verständlich auf diese Möglichkeit hingewiesen werden. Es muss zudem jederzeit möglich sein, auch für befristete Zeiträume, Rentenpunkte zu splitten. Das muss für verheiratete, verpartnerte und auch für unverheiratete Eltern möglich sein. Partner sollen flexibel über die Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und damit auch über die Rentenansprüche entscheiden können.

Änderungsantrag 06 zu Antrag LI03

Mitzeichnung Änderungsantrag LI03_Ä001 von M. Jasper-Winter und N.Bauer:

Neues Modul nach Zeile51

Besserer Zugang zu Wagniskapital für Frauen

Um Gründerinnen beim Zugang zu und der Einwerbung von Wagniskapital besser zu unterstützen, fordern wir Freie Demokraten die Einrichtung eines Venture Capital Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Durch die Schaffung eines Netzwerkes für Investorinnen und Investoren, sowie weiblichen “Business Angels”, sollen zudem gezielt Frauen bei ihren Gründungsvorhaben unterstützt werden.

Änderungsantrag 07 zu LII13

Mitzeichnung Änderungsantrag LII13_Ä002 von N. Bauer und M.Jasper-Winter

Einfügen neues Modul hinter Zeile 61

Häusliche Gewalt effektiv bekämpfen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Bund und Länder müssen hier intensiver zusammenarbeiten. Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen. Ansprechpartner bei Polizei und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein. Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig beim Frauenarztbesuch zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wollen wir eine besser ausgebaute und institutionalisierte präventive und repressive Täter- und Täterinnenarbeit.